

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redaktions: Hil  
Karl W o n a y

Wien, am Freitag, den 16. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung von 16. Dezember 1927

B E R A T U N G D E S H A U P T V O R A N S C H L A G E S 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 3/4 5 Uhr nachmittags.

In Fortsetzung der Spezialdebatten über das Budget wird die Verwaltungsgruppe III "Wohlfahrtswesen und Sozialpolitik" in Verhandlung gezogen.

ST.R. Dr. Wandler leitet die Debatte mit folgendem Referat ein: Die Ausgabensumme ist in keiner anderen Gruppe so gestiegen, wie in dieser. Im Jahre 1923 betrug das Budget dieser Gruppe 35'8 Millionen Schilling; es ist von da ununterbrochen gestiegen und hat im vergangenen Jahre den Betrag von 80 Millionen und in diesem Jahre rund 87'8 Millionen Schilling erreicht. Im Jahre 1923 machten die produktiven Ausgaben 43'5 Prozent, die unproduktiven 56'5 Prozent aus. Der Anteil an den unproduktiven Ausgaben wurde im Laufe der Jahre so eingeschränkt, dass heuer der Anteil an produktiven Ausgaben 53'3 und der an unproduktiven Ausgaben 46'5 Prozent beträgt. Nimmt man die Ausgaben für die der Gruppe III nunmehr angefallenen Aufgaben der Sozialpolitik hinzu so beträgt das Gesamtbudget 99'94 Millionen Schilling.

ST.R. Tandler beschäftigt sich sodann mit den einzelnen Zweigen seines Ressorts. Die Zahl der in offener Armenfürsorge stehenden Personen ist leider auf rund 41.000 gestiegen, eine angesichts des Rückgangs der Arbeitslosigkeit unbegreifliche Steigerung. Dagegen sind in der geschlossenen Fürsorge mit der Zahl der Betten ausgekommen, ja es war sogar möglich, durch Veräußerung eines Pavillons des Lainzer Versorgungshauses in einen Krankenpavillon die Zahl der Betten zu verringern. Das Hauptgewicht haben wir auch im vergangenen Jahre auf die Jugendfürsorge gelegt und wenn auch die einzelnen Zweige der Jugendfürsorge, vor allem die Schulfürsorge, die Kleinkinderfürsorge eines weiteren Ausbaues bedarf, so können wir mit den bereits erzielten Resultaten zufrieden sein. Die Zahl der Kindergärten hat im vergangenen Jahre zugenommen, sie wird im nächsten Jahre weiter steigen. Stadtrat Tandler gedenkt insbesondere des Erfolges der Schulzahnpflege, einer Institution, mit der wir selbst gegenüber jenen Staaten, von denen wir sie übernommen haben, musterbildig geworden sind. Wir haben gegenwärtig zehn Schulzahnkliniken. Wir würden deren zwanzig brauchen. Im Laufe des nächsten Jahres werden noch einige eröffnet werden. Was geschlossene Fürsorge anbelangt, so haben wir den Tivoli verlassen und dafür den Wilhelminenberg aquiriert und damit eine kleine Restriktion der uns zur Verfügung stehenden Plätze durchgeführt. Es war uns möglich immer mehr Kinder in die private Pflege zu geben und damit den Anstaltsbetrieb einzuschränken, eine Entwicklung, die der B. Richterstätter für vorteilhaft halte.

Stadtrat Tandler berichtet sodann über den Gesundheitszustand in der Gemeinde. Im Laufe der letzten Jahre hat sich in dem Gesundheitszustand unserer Stadt eine Wandlung vollzogen, wie sie in Ländern mit einer etwas genaueren Statistik schon vorher erfasst worden ist. Das ist die Steigerung der Krebserkrankungen oder besser der Erkrankungen welche auf bösartige Geschwülste zurückzuführen sind. Im Jahre 1920 hat es in Wien 2123 Todesfälle an Krebs gegeben. Die Zahl ist im Jahre 1925 auf 3692 gestiegen und hat im

heutigen Jahr schon bis zum September 3257 betragen. Man kann sagen, dass die Krebssterblichkeit heute nicht mehr hinter der Tuberkulosesterblichkeit zurückbleibt, eine merkwürdige Tatsache, die einer weitschauenden Verwaltung die Pflicht auferlegt, sich mit der Bekämpfung dieser Krankheit mehr zu beschäftigen als bisher. Der Stand an akuten Infektionskrankheiten war im vergangenen Jahre nicht so günstig wie früher. Wir hatten im Frühjahr eine schwere Epidemie an Scharlach und eine nicht leichte an Diphtherie und in letzter Zeit zeigt sich wieder ein Ansteigen dieser Erkrankungen, wenn wir auch in der angenehmen Lage sind, jenseitigen Diphtherieformen, wie sie in einzelnen Städten Deutschlands zu beobachten sind, verschont zu bleiben. Die allgemeine Aufregung über die Kinderlähmung hat sich gelegt. Es hat sich gezeigt, dass wir im Ganzen und Grossen auch von dieser furchtbaren Erkrankung verschont geblieben sind.

Was die chronischen Erkrankungen betrifft, so haben wir unser Hauptaugenmerk wie bisher der Bekämpfung der Tuberkulose zugewandt. Es wurde da und dort manchmal von einem Ansteigen der Tuberkulosesterblichkeit gesprochen. Ein minimales Ansteigen dieser Sterblichkeit, wie es jetzt zu konstatieren ist, ist aber keinesfalls eine beunruhigende Erscheinung, denn jedem eingeweihten Statistiker ist bekannt, dass die stärksten Senkungen in den Krankheitskurven nicht glattrandig sind, sondern kleine Zackungen aufweisen. Solche Zackungen sind schon bei der Veränderung der Witterung, bei dem Vorhandensein von ein paar Todesfällen gerade am Ende des Jahres usw. möglich. Unsere Abwehrmassnahmen gegen die Tuberkulose haben wir auch heuer fortgesetzt. Wir haben unsere Fürsorgestellen vermehrt und der Anstieg der Bevölkerung zu ihnen offenbart das allgemeine Interesse für diese Erkrankung. Diese Volksaufklärung durch die Tat wird eines der besten Kampfmittel gegen die Tuberkulose sein. Wir haben im vergangenen Jahre die Zahl unserer Betten vermehrt, wir werden im nächsten Jahre die Heilstätte San Felagio mit Rücksicht auf den Rückgang der Malaria in diesem Gebiet wieder ganzjährig bewirtschaften können. Wir haben die Zahl der Betten auf der Baumgartnerhöhe vermehrt und eine eigene Untersuchungsstelle für Sputum errichtet. Wir haben den Versuch, die Kinder der ersten Klasse, auf die Tuberkulosereaktion zu prüfen auch im vergangenen Jahre durchgeführt und die ausserordentlich grosse Zahl der Eltern, die sich mit dieser harmlosen Prozedur an ihren Kindern einverstanden erklären, zeigt am allerbesten, wie viel Interesse die Bekämpfung der Tuberkulose begegnet.

ST.R. Tandler hebt sodann die von der Gemeinde eingeleiteten Massnahmen zur Bekämpfung der Syphilis hervor und spricht zunächst sein Bedauern aus, dass die städtische Gesundheitsverwaltung nicht ebenso wie in Deutschland in ihren Massnahmen an ein Gesetz anknüpfen können. Wir haben eine Beratungsstelle errichtet, die ganz ausgezeichnet funktioniert und sich grosser Beliebtheit erfreut. Wir denken daran, im nächsten Jahre allen Menschen die Möglichkeit zu bieten, sich über ihren Gesundheitszustand Rechenschaft zu geben und werden daher mehrere öffentliche Stationen errichten, in welchen jeder zu einer bestimmten Zeit des Tages oder abends sich einer Blutprobe unterziehen kann und über das Ergebnis der Blutprobe Bescheid erhält. Wir halten dieses diagnostische Verfahren für ungeheuer wichtig, weil es uns die Menschen näher bringt und uns so die Möglichkeit geboten wird sie einer Heilbehandlung zuzuführen. Ermuntert werde ich zu diesem Versuch durch die Erfolge unserer Eheberatungsstelle und unserer Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten. Wir haben ferner die Einrichtung getroffen, dass in unseren Spitälern alle Patienten auf Wassermann untersucht werden, eine Einrichtung, die im Steinhof bereits auf mehrere Jahre zurückgeht. Wir setzen alles mögliche daran, um diese Massenkrankheit, deren Kurve nach meiner Meinung

nur eine vorübergehend absteigende war, zu bekämpfen. Wir haben darum auch eine Einrichtung getroffen, mit der Wien originell ist und an der Spitze aller Grossstädte marschiert. Seit dem 1. Dezember 1925 werden alle jene, die sich bei der Gemeinde Wien in Dienst stellen, der Wassermessung Probe unterzogen. In der letzten Zeit haben auch die Eisenbahnen Ähnliches in Erwägung gezogen. Das ist aber nur ein bescheidener Anfang. Die Öffentlichkeit hätte ein Recht zu verlangen, dass sich von Zeit zu Zeit einer solchen Probe unterziehen. Würden die öffentlichen und auch die Privatbetriebe das tun, so wären wir auch ohne Gesetzesinstande im Laufe der Jahre dieser Krankheit Herr zu werden. Aufklärung allein genügt nicht, ein Beweis dafür ist bei der Gruppe von Menschen, die am besten über diese Krankheit aufgeklärt ist, bei den Ärzten und Medizinern der Prozentsatz an Syphilitis-erkrankungen nicht geringer ist als bei anderen Berufsclassen.

St. R. Tandler verweist sodann darauf, dass im vergangenen Jahre versucht worden ist, in einzelnen städtischen Betrieben die Blutproben der dort Beschäftigten festzustellen, zunächst einmal um Blutspender zur Verfügung zu haben. Wie mir bekannt geworden ist, gehen jetzt die professionellen Blutspender daran, sich zu organisieren (Lebhafte Heiterkeit). Wir stehen also vor einer Freistreiberei im Blutspender-symptom unserer Zeit. Diese Blutfeststellungen sollen aber auch den weit wichtigeren Zweck haben, den Menschen die Scheu vor Blutproben zu nehmen, sie dazu zu bringen sich regelmässig solchen Blutproben zu unterziehen und so die Möglichkeit zur Feststellung und Bekämpfung syphilitischer Erkrankungen zu bieten.

Zum Schlusse beleuchtet Stadtrat Tandler die Belastung der einzelnen Stellen seines Ressorts mit dem Hinweis darauf, dass in der Zentrale des Jugendamtes allein im letzten Jahre 37.000 Geschäftsstücke gelaufen sind, dass die Jugendämter zusammen einen Einlauf von mehr als 65.000 Geschäftsstücke hatten und dass im Fürsorgeamt bis zum 1. Dezember 144.571 Parteien verkehrt haben. Dass es gelungen ist, diese grosse Arbeitslast ohne Reibungen zu erledigen, ist nur der Ruhe, der Lebenswürdigkeit und dem Arbeitseifer aller Angestellten und Beamten zuzuschreiben, denen Stadtrat Tandler an dieser Stelle herzlich dankt (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

GR. Angermayer (E.L.) erklärt, dass auch in der Verwaltungsguppe III alles mit ausserordentlichen Talent zusammengetragen wird was mit der Wohlfahrtspflege und der Jugendfürsorge zusammenhängt, um mit grossen Ziffern jonglieren zu können. Es soll damit der Eindruck erweckt werden, dass die frühere Rathausverwaltung nur in einem verkümmerten Masse die Wohlfahrtspflege geübt habe. Jeder muss zugeben, dass nach dem Kriege der Pflichtkreis der Wohlfahrtspflege grösser geworden ist. Die Pflicht der Wohlfahrt aber hat nicht nur die Gemeinde Wien allein, sondern jedes Gemeinwesen zu erfüllen. Diese Wohlfahrt ist aber sehr unterschieden von der freiwilligen Fürsorge und da finden wir im Budget der Verwaltungsguppe III sehr viele Ausgaben, die mit der freiwilligen Fürsorge nichts zu tun haben, so die Post für Massnahmen zur Bekämpfung und Verhütung von ansteckenden Krankheiten und die Post für Gemeindefriedhöfe. Das sind Posten, die von Fürsorge und Wohlfahrt ausgenommen werden müssen, weil ihre Bestimmung eine Verpflichtung der Gemeinde Wien ist. Wir wollen anerkennen, dass Sie für die Freiwillige Fürsorge nicht weniger machen als früher, aber auch nicht mehr. Die Beträge aber für die freiwillige Fürsorge werden durch Posten belastet, die für Reklamewecke geeignet sind. So die Reklamewindeln. Uns wird der Vorwurf gemacht, dass wir den Reichen die Steuern ersparen wollen und Stadtrat Tandler rennt den Reichen mit den Reklamewindeln nach. Das ist wohl unsinnig. Gemeinderat Angermayer be-

spricht dann eingehend die Post Geld und Sachaufhilfen für Erwachsene, deren Betrag er viel zu gering findet. Im Jahre 1926 wurden für Geld- und Sachaufhilfen 1.579.000 Schilling gebraucht; für das Jahr 1928 sind aber nur 1'5 Millionen Schilling eingesetzt, obwohl Professor Tandler gesagt hat, dass die Zahl der Fürsorgebedürftigen von Jahr zu Jahr steigt. Auch die Notstandshilfe für Arbeitslose zeigt grosse Mängel. Ein lediger Arbeitsloser bekommt keine Aushilfe, während bei verheirateten Arbeitslosen der Mann und die Frau zugleich die Aushilfe erhalten können. Auch die Erhöhung der Pfründen wie die Erteilung von Pfründen überhaupt lasse sehr viel zu wünschen übrig. Aber nicht nur die finanzielle, sondern auch die ideale Seite der Fürsorge ist sehr bedeutungsvoll. Immer wieder wird beklagt, dass die Pflinglinge besonders in der geschlossenen Fürsorge sehr viel unter ihrem parteipolitischen Einfluss zu leiden haben. Ueberall hört man, dass die Behandlung von Pflinglingen, die nicht Ihrer Partei angehören ausserordentlich viel zu wünschen übrig lasse. Fahren Sie einmal, Herr Professor Tandler, in die Gesellschaft hinein und schaffen Sie diesen Zuständen ein Ende. Dasselbe gilt auch für die offene Fürsorge. Es ist eine alltägliche Erscheinung, dass die Parteien gefragt werden, welcher politischen Richtung sie angehören. Das sind Einzelfälle, die in die Hunderte gehen. Das ganze Fürsorgewesen ist von parteipolitischen Geist durchdrungen, ist zu einem politischen Apparat hinabgesunken, weshalb wir auch dem Budget unsere Zustimmung verweigern. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Wawerka (E.L.) kritisiert zunächst, dass die Posten für Arzneien, Bandagen und für Geld- und Sachaufhilfen viel zu gering sind. Es scheinen ihm auch die Verpflegskosten von 3'60 Schilling in den städtischen Versorgungshäusern zu gering, während in den anderen städtischen Anstalten die Verpflegskosten rund sechs Schilling betragen. Der Beitrag für das Wiener Jugendhilfswerk reicht ebenfalls nicht für die Bedürfnisse aus. Die Ausgabe von Fürsorgefahrtscheinen lässt sehr viel zu wünschen übrig. Das Kontingent, das für hauer zur Ausgabe vorgesehen ist, wurde auch in den früheren Jahren ausgegeben. Der Kreis der Anspruchsberechtigten hat sich aber bedeutend erweitert und so wird der Bedarf der einzelnen Vereine immer mehr eingeschränkt. Der Redner tadelt dann die parteipolitische Einstellung im Fürsorgewesen, die er als einen Unfug bezeichnet. Die parteipolitische Einstellung des Budgets zeigt sich schon in der Art, wie die Vereine subventionieren. Während der allgemeine Verband für freiwillige Jugendfürsorge 80.000 Schilling erhält, bekommt der Caritasverband gar nichts. Auf dem Gebiet der Subventionen drückt sich die parteipolitische Einstellung des Budgets am schärfsten aus. Subventioniert wird nur der Verein, der rot ist; wenn einer unpolitisch oder gar christlich ist, ist sein Ansuchen um eine Subventionierung stets ein vergebliches. Mit diesem System muss Schluss gemacht werden. Solange das nicht geschieht, verweigern wir dem Budget unsere Zustimmung. (Beifall bei der Minderheit).

SR. Körber (E.L.) beschäftigt sich ausführlich mit der Verwaltung des Bürgerspitalfonds. Dieser besitzt 33 Häuser und viele Grundstücke, auf denen jetzt die Gemeinde Wohnbauten errichtet hat, worüber aber im Budget nichts zu finden ist. Sehr bedauerlich ist es, dass sich Stadtrat Professor Dr. Tandler in seinem Bericht nicht auch über die Auflassung des Bürgerversorgungshauses geussert hat. Es sollte doch, wenn das Bürgerversorgungshaus am 1. Jänner aufgelassen werden sollte, die Bürgervertretung gehört werden. Der Redner bringt dann zur Sprache, dass dem Grundarmenspital in der Leopoldstadt zwei polnische Juden zur Pflege zugewiesen wurden, worüber sich die anderen Pflinglinge wiederholt beschwerten. Zu tadeln ist es auch, dass eine gelähmte Hausgehilfin, die in Lains in Pflege ist, zur Wahlurne getragen wurde, nachdem man ihr in den Hemdausschnitt den sozialdemokratischen Stimmzettel gesteckt hat. Ein solcher Vorgang ist wahrlich unter aller Kritik.

Stöger (E.L.) bemerkt, die Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes sei unzulänglich, namentlich auf dem Gebiet der Jugendfürsorge. Ersparungen auf diesem Gebiet sind ein Raubbau an dem wichtigsten Volksgut. Der Belagraum in den städtischen Kinderherbergen ist ganz erheblich abgebaut worden, ohne dass aus dem Budget ersichtlich ist, dass die Ausgaben für Familienpflege gestiegen sind. Im Gegenteil, die Pflegebeiträge sind weit geringer als im Vorjahr. Wie gering die Beiträge sind, geht aus folgendem Fall hervor. Einer Frau, die drei Kindern in der grössten Not lebt, wurde ein monatlicher Beitrag von zwanzig Schilling gewährt und erst über Ein-schreiten des Stadtrats dieser Betrag um fünf Schilling erhöht. Das ist angesichts der grossen Not, in der die Frau lebt, ein lächerlicher Betrag und eine Sparsamkeit an unrechten Platz. Der Redner verlangt Auskunft über die Steigerung der Post "Kleiderbeteiligung anlässlich des Austritts aus der Anstaltspflege", ferner eine Teilung der Post "Pflegebeiträge, Verpflegungsgelder und Verpflegungskosten" und gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass die Post "Desinfektionsmittel" bedeutend erhöht wurde. Er stellt mit Bedauern fest, dass die Ausgaben für die Geisteskranken im Steinhof im Laufe der letzten Jahre in schier unerträglicher Weise gestiegen seien und bemerkt, es müsste doch möglich sein, diese hohen Abgaben herabzudrücken. Das könnte z.B. durch eine grosszügige Bekämpfung des Alkoholkonsums durch das Gesundheitsamt erreicht werden. Dass die Zahl der Konfliktsfälle von Betrunknen mit der Polizei immer mehr sinkt, ist ein Beweis dafür, dass Erfolge gegen die Trunksucht erzielt werden können. Dazu wäre vor allem notwendig, dass der Referent sich dazu entschliesst, die eine Trinkerfürsorgestelle, die es in unserer Stadt gibt, endlich auszubauen und ein Netz solcher Stellen für ganz Wien zu schaffen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Als dem Gemeinderat Eisinger das Wort erteilt wird, verlassen die christlichsozialen Gemeinderäte den Sitzungssaal.

GR. Eisinger (Soz. Dem.) stellt zunächst fest, dass die Post Fürsorge für Erwachsene in diesem Jahre abermals um drei Millionen gestiegen ist. Der Gemeinde wird zum Vorwurf gemacht, dass sie unter Umständen auf Kinder den Zwang ausüben, Beiträge an die Gemeinde zu leisten, wenn die Eltern in Fürsorge kommen. Dieser Zwang wird selbstverständlich nicht auf solche Leute ausgeübt, die selbst mittellos sind. Aber es ist vorgekommen, dass an Eltern, die sechs Kinder hatten, von keinem dieser Kinder ein Beitrag geleistet wurde. Wenn die Gemeinde in solchen Fällen darauf dringt, dass die Kinder ihre nicht nur gesetzliche, sondern auch moralische Verpflichtung zu erfüllen, ist das nur am Platze. Wenn der Gemeinde weiters der Vorwurf gemacht wird, dass bei Gewährung von Altersrenten die Pfründen gekürzt werden, so ist demgegenüber darauf zu verweisen, dass nach der Bestimmung des Gesetzes in solchen Fällen eigentlich die Pfründen um die Hälfte zu kürzen wären. Tatsächlich hat sich aber die Finanzverwaltung, wie Stadtrat Tandler wochenlang damit beschäftigt, wie man der Bestimmung des Gesetzes genügen könne, ohne die Pfründer zu schädigen. So ist man darauf gekommen, die Pfründen nur ein wenig, nicht bis zum Ausmass der gesetzlichen Bestimmung zu kürzen, so dass die Pfründer mehr erhalten, als die bei strikter Anwendung des Gesetzes erhalten würden. Der Kritik an der Anstaltsfürsorge hält der Redner entgegen, dass auch hier eine Steigerung der Ausgaben zu verzeichnen sei. Heute kostet ein Pflingling rund 30 Schilling in der Woche, angesichts der gegenwärtigen

ohnein Betrag, der sich sehen lassen kann. Ausserdem hat sich sowohl die Verpflegung, die Wohnung und Kleidung, sowie die geistige Pflege der Befürsorgten gegen früher wesentlich verbessert. Während z.B. früher nur an hohen Feiertagen und an Kaisers Geburts- und Namenstag Braten verabreicht wurde, gibt es heute an jedem Sonntag, am 1. Mai und am 12. November Braten. Auch das Nachtmahl ist verbessert, die Kost wird den Pflinglingen in menschenwürdiger Form, in schönem Geschirr verabreicht. Die Leute essen heute nicht mehr wie früher im Schlafraum, sondern in Speiseräumen, der Ungezieferebekämpfung wird heute grosse Aufmerksamkeit gewidmet, die Bettstellen sind besser als früher, die Belagzahl wurde vermindert, die Kantinen abgeschafft und statt der Vergnügungen des Alkohols wird den Leuten geistige Unterhaltung geboten. Schliesslich bemerkt der Redner, dass jeder objektive Beurteiler zugeben müsse, dass niemand mehr als Professor Tandler auf die unpolitische Führung seines Referats dringe. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Erbaur (E.L.) erklärt zunächst, solange Gemeinderat Eisinger auf seinem Werkblatt das Wort "Verleumder" habe, können die Christlichsozialen seine Ausführungen nicht anhören. Er bespricht sodann ausführlich das Blindenwesen und beschäftigt sich insbesondere mit der Blindenanstalt in der Josefstädterstrasse, deren Pflinglinge der Mehrzahl nach nach Wien zuständig sind. Bis zum Jahre 1922 hat diese Anstalt von der Gemeinde nie einen Heller erhalten. Jetzt zahlt die Gemeinde für die nach Wien zuständigen Pflinglinge pro Tag 2,40 S., während die Verpflegungsgebühr für die Linzer Verpfleglinge S 3,60 beträgt. Aus dem Ertragsnis der Sammeltage wird diese Anstalt nicht beteiligt, was einen Entgang an Spenden im Betrage von ungefähr 100 Millionen bedeutet. Diese Anstalt gibt sich alle Mühe nicht nur ihren Stand aufrecht zu erhalten, sondern wenn möglich noch um zwanzig Blinde mehr einzustellen. Stadtrat Tandler möge sich endlich entschliessen, dieser Anstalt namentlich vor Weihnachten zu helfen. Der Redner verlangt ferner eine Hilfe für das Kuratorium der Maria Pribram-Mädchenheimstiftung in Jütteldorf, für das Asyl für blinde Kinder in der Hernalsner-Hauptstrasse, für das Blindenheim in Baugarten, dass durch einen 17 Monate langen Streik der Pflinglinge schwer geschädigt worden sei und den Furkersdorfer Blindenverein. Schon angesichts der Weihnachtseiertage sollten diese Vereinen Zuwendungen gemacht werden und er hoffe, dass Stadtrat Breitner hierfür Verständnis haben werde. Der Redner bespricht sodann die Holz- und Kohlenaktion und wendet sich dagegen, dass die Einlösung der Kohlenzettel nur bei der Wihoko am Matsleinsdorfer Frachtenbahnhof erfolgen könne, das sei für viele Befürsorgte viel zu weit, der frühere Modus, dass bei jedem Kohlenhändler diese Zettel eingelöst werden konnten, sei viel besser. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Zimmerl stellt nun den Antrag auf Auszählung des Hauses und Schluss der Sitzung. Die meisten sozialdemokratischen Gemeinderäte nehmen jetzt ihre Plätze ein, während die Mitglieder der Minderheit während der Auszählung ihre Plätze verlassen und auf den Ruhebänken an der Saalwand Platz nehmen. Von ihnen bleibt nur Gemeinderat Biber zurück. Das Haus wird ausgezählt und die Anwesenheit von 62 Gemeinderatsmitgliedern konstatiert. Der Antrag des Gemeinderates Zimmerl auf Schluss der Sitzung wird abgelehnt.

GR. Wagner (E.L.) erklärt, dass die Ausgabe von so hohen Summen für die Wohlfahrtspflege und soziale Verwaltung mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet werden muss. Es würde mehr befriedigen, wenn die Ansätze geringer wären. Die ganze Not des österreichischen Staates und der österreichischen Wirtschaft spiegelt sich in diesen Zahlen wieder. Es müsste Aufgabe jeder Verwaltung sein, solche Verhältnisse zu schaffen, die ein Herabsetzen dieser Ausgaben für Wohlfahrtswesen ermöglichen

würden. Die Verwaltung der Sozialpolitik muss prophylaktisch sein. Es ist eine schreckliche Zahl, dass 51.000 Menschen in Wien in Fürsorge stehen, die mit der Finanzverwaltung in einem so innigen Zusammenhang steht, dass sich der Finanzreferent von dem Gedanken leiten lassen sollte, der Produktion keine übergrossen Lasten aufzubürden. Gemeinderat Wagner erkennt sodann die Fortschritte auf dem Gebiete des Gesundheitswesens an, das Sinken der Kindersterblichkeit und dankt dem Professor Tandler für das Wort, dass die Zahl der Kinderlähmungen in Wien das übliche Ausmass nicht überstiegen habe. Ebenso zollt er der Prophylaxis auf dem Gebiete der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten seine Anerkennung. Er erklärt, dass keine Ausgabe zu hoch sein darf, um den Kreis der Geschlechtskrankheiten einzudämmen. Die grösste Last ist die Tuberkulose. Auch in ihrer Bekämpfung wurden Fortschritte gemacht, aber nichtsdestoweniger muss ein noch höheres Mass der Tuberkulosefürsorge gefordert werden. Soweit sich das Budget auf das Gesundheitswesen beschränkt, könnte man ihm zustimmen. Aber schon bei der Erziehung der Jugend zeigt es sich, dass auch diese Verwaltungsgruppe parteiisch verwaltet wird. Dr. Wagner bringt dann Zurücksetzungen des deutschen Turnerbundes 1919 zur Sprache, dem Turnstile gekündigt wurden, die grössten Schwierigkeiten bei seinen Söwvingübungen gemacht wurden und dem auch nahezu alle städtischen Spälplätze verschlossen sind. Er/ <sup>und</sup> alle übrigen Sportvereine, die der Sozialdemokratie nicht nahestehen sind auch Stiefkinder der Verwaltung in der Subventionspolitik. Gemeinderat Dr. Wagner dankt dem Minister a. D. Vittek der schon lange Zeit seine schätzbaren Dienste der Rechtsaushilfestelle der Gemeinde Wien widmet. Er schliesst seine Ausführungen mit der Erklärung, gegen das Budget stimmen zu müssen weil die Verwaltung der Stadt Wien, die das Budget vorlegt, die Verwaltung einer Partei ist. (Lobhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Prinke (E.L.) nimmt ausführlich zu dem Budget der Verwaltungsgruppe III Stellung. Er tadelt insbesondere die Subventionspolitik der Gemeindeverwaltung und die Verhältnisse im Obdachlosenheim. Einem Pfründner wurde von einem Fürsorgerat erklärt, er bekomme nichts wenn er nicht rot organisiert sei. (Lobhafte Hört!Hörtrufe bei der E.L.)

GR. Bermann: Nennen Sie einen Fall!

GR. Prinke: Fragen Sie Ihren Kollegen Hedorfer! Er hat das Protokoll von mir in der Tasche! (Hört!Hört! bei der E.L.)

GR. Hedorfer: Ich werde Ihnen antworten!

GR. Prinke: wendet sich dagegen, dass vor der Wahl die Ob- <sup>hätten.</sup> männer der Fürsorgegruppe Visitenkarten an die Pfründner hinausgeschickt. Auch die Kleider und Schuhe werden nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten verteilt. (Lobhafter Widerspruch bei der Mehrheit).

GR. Bermann: Gewöhnen Sie sich an, in diesem Saal die Wahrheit zu sprechen!

GR. Prinke: Sie als Sozialdemokrat werden die Wahrheit nie eingestehen! Wir können, schliesst der Redner, von Leuten, die nur Parteipolitik treiben, nicht erwarten, dass sie ein Herz für Arme und Bedürftige haben. (Lobhafter Beifall bei der Minderheit).

G<sup>te</sup>in Schlössinger (E.L.) beschäftigt sich mit den Fragen der Jugendfürsorge und erklärt sich mit dem Grundsatz einverstanden,

dass an Stelle der Anstaltspflege die Familienpflege ausgebaut werde. Mit diesem Grundsatz steht <sup>er</sup> aber im Widerspruch, dass die Pflegebeiträge so gering veranschlagt seien. Beiträge von 20 Schilling für ein Kind und ein Maximum von 50 Schilling bei mehreren Kindern ist zu wenig. Die Rednerin wendet sich dagegen, dass das Schloss Wilhelminenberg als Kinderdurchzugsstation, wozu es sich nicht eigne, verwendet werde. Wir sind mit dem Ausbau der Kindergärten sehr wohl einverstanden, meinen jedoch, dass an Stelle der Montessorimethode, die sinnig und ausgesprochen autoritätslos ist, besser die Fröbelmethode angewendet werden sollte. Sie verurteilt es ferner scharfsten, dass auch in den Kindergärten der Kampf um die Religion Eingang gefunden habe und verlangt, dass auf die Erziehung in den Kindergärten mehr Gewicht gelegt werde. Sie ersucht, die Fürsorge weiter auszubauen und sie vor allem von jeder Parteipolitik zu befreien. (Lobhafter Beifall bei der Minderheit)

GR. Hedorfer (soz. dem.) wendet sich gegen den vom Gemeinderat Prinke erhobenen Vorwurf, es sei einer Befürsorgten von einem Fürsorgerat in Simmering gesagt worden, ihr werde die Unterstützung wenn sie über die Rote schlüpfe. Er bringt dann einen Brief dieses Fürsorgerates zur Verlesung, aus welchem sich ergibt, dass der Pflegebeitrag für ihr Kind nicht bewilligt wurde, weil sowohl sie wie ihr Lebensgefährte Einkommen bezogen, dass diese Frau nachher dem Fürsorgerat beschimpft habe und dass dieser erklärt habe, er sei der Zustimmung des Gemeinderates Hedorfer sicher, wenn er die Frau deshalb be- <sup>entsog.</sup> ge. Im Uebrigen habe derselbe Fürsorgerat, weil sich die Einkommensverhältnisse der Leute änderten, später die Gewährung des Erziehungsbeitrages beantragt. (Hört!Hört! bei der Mehrheit).

Die Verhandlung wird abgebrochen. Schluss der Sitzung zehn Uhr. Nächste Sitzung Montag, vier Uhr nachmittags.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: Karl Henay

142

Wien, am Freitag, den 16. Dezember 1927 (Dritte Ausgabe)

Beileidskundgebung des Bürgermeisters Seitz anlässlich des Todes des Professors Dr. Chajes. Bürgermeister Seitz hat anlässlich des Todes des Oberrabbiners Professor Dr. Chajes an den Präsidenten der israelitischen Kultusgemeinde Dr. Alois Pick folgendes Schreiben gerichtet: Sehr geehrter Herr Präsident! Anlässlich des schweren Verlustes, den Ihre Gemeinde durch das Ableben Ihres Oberhauptes, des Oberrabbiners Professor Dr. Chajes erlitten hat, bitte ich, meiner innigen Anteilnahme versichert zu sein. Oberrabbiner Chajes war besetzt von unendlicher Liebe zu seinem Glaubengenossen und stets erfüllt von Hilfsbereitschaft und sozialem Empfinden. Nicht nur eine der prominentesten Persönlichkeiten seiner Gemeinde, sondern auch gründliches Gelehrtenwissen und seine ausserordentlichen wissenschaftlichen Leistungen, vor allem auf dem Gebiete der Orientalistik, haben seinen Namen weit über die Grenzen seines Volkes und unserer Stadt hinaus ruhmvoll in die Welt getragen. Ich darf wohl sagen, dass auch ein grosser Kreis der Wiener, die nicht seines Glaubens sind, dem Verbliebenen ein ehrenvolles Andenken bewahren werden, zu dem ich Sie, sehr geehrter Herr Präsident, bitte, den Ausdruck meines Beileides auch den Hinterbliebenen übermitteln zu wollen, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener Seitz.